

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 5000 Mark. Einzelne Nummern 200 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachnummer Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 33 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anzeigenteil 400 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 800 M., unter Eingelad 1000 M., Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Diebstahl-Verzeichnisse der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturdenkmäler, Jahresbericht und Rechnungsabrechnung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verzeichnisse von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 110

Montag, 14. Mai

1923

Die Noten Englands und Italiens.

Ignorierung des deutschen Vorschlags.

Die englische Note.

Berlin, 13. Mai.

In der gestern dem deutschen Vorschlag in London überreichten Antwortnote der englischen Regierung auf das neue deutsche Reparationsangebot heißt es u. a.:

Ich kann Sir. G. Curzon nicht verhehlen, daß die Vorschläge Ihrer Regierung große Enttäuschung hervorgerufen haben und daß die deutsche Regierung den unangenehmen Eindruck, den sie sowohl auf die Regierung Sir. Majestät als auch auf ihre Militärs gemacht hat, noch weniger leicht hätte voraussehen und daher vermeiden können und müssen.

Die Vorschläge sind sowohl in der Form wie dem Inhalte nach weit davon entfernt, dem zu entsprechen, was Sir. Majestät Regierung als Antwort auf den Rat, den ich bei mehr als einer Gelegenheit der deutschen Regierung durch Sir. G. Curzon habe zugehen lassen, und als Antwort auf den Bittbrief, in der erwähnten Rede gegebenen Hinweis demüthigster Weise hätte erwarten können.

Die Hauptgründe dieser berechtigten Enttäuschung sind die folgenden:

1. Die deutsche Regierung bietet als Gesamtsumme ihrer anerkannten Schuld einen Betrag an, der weit unter dem nötigen Betrage liegt, der die Grundlage des der Pariser Konferenz im letzten Januar unterbreiteten britischen Planes bildet und der daher von vornherein als für die alliierten Regierungen als völlig unannehmbar hätte erkannt werden müssen.

Kußerdem wird selbst die Zahlung dieses unzulänglichen Betrages von dem Ergebnis einer Reihe internationaler Anleihen abhängig gemacht, das unter den gegebenen Bedingungen in hohem Grade ungewiß sein muß, und zwar derart, daß der von der deutschen Regierung vorgelegte Plan tatsächlich Bestimmungen enthält, die sich mit der Möglichkeit eines Nichtzustandekommens der Anleihen decken. Überdies enthält die zu diesem Punkte vorgeschlagene Regelung finanzielle Bedingungen, die für Deutschland weniger vorteilhaft sind, als wenn die Anleihen erfolgreich wären, so daß kein wirklicher Anreiz für Deutschland gegeben ist, ihre Aufnahme zu versuchen.

2. Ganz besonders ist es zu bedauern, daß die deutsche Antwort es unterläßt, mit größerer Genauigkeit die Art der Garantien zu bezeichnen, welche die deutsche Regierung anbietet bereit ist. Statt konkrete und substantielle Vorschläge in dieser Richtung zu erhalten, sehen sich die alliierten Regierungen und bestimmten Zusicherungen und Verweisungen auf künftige Verhandlungen gegenübergestellt, die in einer geschäftlichen Angelegenheit die Art des praktischen Wertes enthalten.

Die Enttäuschung ist um so größer, als die Regierung Sir. Majestät den Glauben aufrecht erhalten möchte, daß in dem deutschen Memorandum Anzeichen dafür zu finden sind, daß die deutsche Regierung die ihr obliegenden Verpflichtungen anerkennt, eine ernsthafteste Anstrengung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus dem Betrage von Versailles zu machen, und zwar in einer Weise, welche die Alliierten sowohl als billig wie als aufrichtig ansehen könnten.

Wenn Deutschland die Absicht hatte, den Weg zu einer wirksamen und schnellen Lösung des Problems zu eröffnen, daß, wenn seine Regierung nicht gelingt, die politische und wirtschaftliche Lage Europas und tatsächlich der ganzen Welt in ernsthafter Verwirrung bringt, dann erscheint es unglücklich, daß es nicht eine schärfere Würdigung der Grundlage hat erkennen lassen, auf der allein eine solche Lösung denkbar ist.

Die Regierung Sir. Majestät ist ihrerseits überzeugt, daß Deutschland es in seinem eigenen Interesse als vorteilhaft erkennen wird, eine größere Bereitwilligkeit zu zeigen, sich mit den Realitäten der Frage ernsthaft auseinanderzusetzen und dann unter Ausschaltung aller unerheblichen und seitigen Punkte dazu schreiten werde, seine Vorschläge noch einmal zu erwägen und sie zu erweitern derart, daß sie zu einer brauchbaren Grundlage für eine weitere Erörterung werden.

Die Regierung Sir. Majestät wird im gegebenen Zeitpunkt bereit sein, an einer solchen Erörterung an der Seite ihrer Militärs teilzunehmen, mit denen sie das praktische Interesse an dieser Frage teilt, daß sie ebenso wenig aufzugeben beabsichtigt, wie den Wunsch, einer Lage von internationaler Gefahr ein Ende zu machen.

Aber sie kann der deutschen Regierung nicht verhehlen, daß der erste Schritt zur Verwirklichung einer solchen Hoffnung die Anerkennung Deutschlands sein muß, daß eine viel ernsthaftere und viel bestimmtere Mitwirkung erforderlich ist, als sie bisher jemals zuzuge treten ist.

Die italienische Note.

Berlin, 13. Mai.

Die heute der deutschen Vorschlag in Rom übergebene Note der italienischen Regierung lautet in deutscher Übersetzung:

Herr Reichsminister! Die aufmerksame Prüfung des Memorandums vom 2. Mai d. J., das die Vorschläge der deutschen Regierung für eine Regelung der Reparationsfrage enthält, hat mich überzeugen müssen, daß sie nicht geeignet sind, den alliierten Regierungen als Grundlage für eine entscheidende Diskussion zu dienen.

Meine wiederholten Bemühungen, die deutsche Regierung zu veranlassen, vernünftige und praktische Vorschläge vorzutragen, um aus der in Mitteleuropa bestehenden gefährlichen Lage herauszukommen, gab mir einigen Grund zur Hoffnung, daß der Schritt der deutschen Regierung einen Fortschritt auf dem Wege einer friedlichen Lösung der Frage bedeuten würde. Ich muß jedoch feststellen, daß meine Erwartung getäuscht worden ist.

Der Standpunkt der italienischen Regierung in der Sache ist bekannt.

Wir aus den von ihr bei den letzten Konferenzen in London und Paris vorgelegten Plänen hervorgeht, ist Italien durch seine gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Lage gezwungen, das Reparationsproblem und das Problem der interalliierten Kriegsschulden als immer enger miteinander verbunden anzusehen. Italien kann nicht umhin, darauf zu dringen, daß die beiden Fragen sobald als möglich gelöst werden, wobei auch die Aufwendungen für den Wiederaufbau seiner eigenen besetzten Provinzen berücksichtigt werden müssen. Diese Notwendigkeiten erklären deutlich seine Haltung sowohl bei den Besprechungen der Reparationen, als auch bei allen Gelegenheiten, die nach der letzten Konferenz von Paris eingetreten sind, wobei zu berücksichtigen und als feststehend anzusehen ist, daß sein Interesse und seine Forderungen bei der Lösung dieser äußerst ersten Frage nicht geringer sind als diejenigen irgendeines alliierten Staates.

Wie in vielen amtlichen Äußerungen und besonderen Akten der königlichen Regierung bezeugt worden ist, ist Italien geneigt, seinen Anteil an den Opfern zu tragen, um zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Regelung zu gelangen. Aber es kann nicht zugeben, daß ihm mehr auferlegt wird, als seine Kräfte bei vernünftiger Schätzung zulassen.

Der deutschen Regierung ist Abgesehen davon, daß die italienische Regierung sich zu ihrem lebhaftesten Bedauern

gezwungen sieht, dem von der englischen Regierung der Konferenz in Paris vorgelegten Plan zur Regelung der Reparationen nicht beizutreten. Obwohl das Memorandum Bonar-Louis hohe Ziele anstrebt, schien es die unabweisbaren Forderungen Italiens nicht genügend zu berücksichtigen.

Nach diesem unmittelbaren Vorgehen muß die italienische Regierung mit berechtigtem Erstaunen hervorheben, daß das deutsche Memorandum vom 2. Mai weit hinter den Vorschlägen zurückbleibt, die in dem Plane der britischen Regierung enthalten waren.

Abgesehen davon, daß die für die Reparationen festgesetzte Summe offensichtlich weit niedriger ist als irgendein noch so geringer Betrag, den man vernünftigerweise hätte erwarten können, ist die internationale Kausalität, mit der die Zahlung dieser Summe vollständig bewirkt werden soll, nur als ein Mittel angegeben, ohne die notwendigen genauen Angaben und ohne daß gesagt wäre, wie für ihre Unterbringung und ihre Erfolge zweckmäßig gesorgt werden soll. Wenn es keine konkreten Angaben über Garantien und Pfänder sowie jede Sorglosigkeit für deren tatsächliche Verwirklichung.

Der deutsche Vorschlag stellt daher keinen organischen und vollständigen Plan dar, wie er unbedingt notwendig gewesen wäre, um zu einer auch nur grundrissartigen Erörterung Kausalität zu geben, vielmehr beschränkt er sich auf eine Reihe von unbestimmten und ungenauen Angaben, die um so weniger Wert haben, je wichtiger die Fragen, auf die sie sich beziehen, für die allgemeine Regelung sind.

Dieser Mangel wird von der italienischen Regierung bedauert, weil er zum allgemeinen Schaden jede Abmahnung einer Lösung des Problems verzögert und weil er eine Ansicht harten kann, die gewisse Anhänger hat, nämlich die Ansicht, daß sich Deutschland unter dem Einfluß gewisser innerpolitischen Strömungen der Erfüllung seiner eigenen Verpflichtungen zu entziehen sucht.

Da die italienische Regierung unter diesen Umständen feststellen muß, daß die deutschen Vorschläge keine wesentliche Änderung der Lage herbeiführen werden und, obwohl sie in ihrer Erwartung getäuscht worden ist, wiederholt sie ihren Rat, daß sowohl im Interesse Deutschlands als im allgemeinen Interesse des Friedens und der europäischen Wirtschaft eine baldige neue Entschlüsselung der deutschen Regierung zu Vorschlägen führen möge, die durch ihren Inhalt und ihre Bestimmtheit geeignet erscheinen, von der königlichen Regierung zusammen mit ihren alliierten mit Aussicht auf Erfolg einer Prüfung unterzogen zu werden.

Der Eindruck in Berlin.

Berlin, 14. Mai.

Da die englische Note erst im Laufe des gestrigen Nachmittags und die italienische im Laufe des Abends in Berlin eintrafen, konnte das Reichskabinett sich noch nicht mit diesen Noten befassen. Im Laufe des heutigen Tages wird es dazu Stellung nehmen. In Berliner politischen Kreisen hebt man hervor, daß die britische Regierung geneigt ist, wie ja deutlich aus der Note hervorgeht, an weiteren Verhandlungen über das Reparationsproblem teilzunehmen. In der Regierung nahestehenden Kreisen wird jedoch betont, daß die Note der britischen Regierung in den wichtigsten Punkten enttäuschend, und der englische Außenminister, Lord Curzon, die deutsche Leistungsfähigkeit überschätzte. Bemerkenswert ist im übrigen, daß der in der deutschen Note gemachte, vom amerikanischen Staatssekretär Hughes angeregte Vorschlag, das Reparationsproblem einer objektiven Sachverständigenkommission zu unterbreiten, in der englischen Note überhaupt keine Erwähnung findet. Obwohl die britische Regierung sich für den Wunsch hat, den Verhandlungsfortschritt fortzuführen, muß doch dem entgegengehalten werden, daß die französische Regierung noch wie vor ihre Abneigung gegen Verhandlungen kundgibt. Auch die einzelnen Fraktionen des Reichstages werden sich voraussichtlich schon heute mit der englischen und italienischen Note beschäftigen.

Die britische Antwort auf die deutsche Reparationsnote findet in der Presse geteilte Aufnahme. Die daran geübte Kritik betrifft hauptsächlich das Fehlen einer klaren Darlegung der britischen Reparationspolitik und insbesondere die Ignorierung des deutschen Vorschlags, die gesamte Reparationsfrage einem unparteiischen internationalen Tribunal zu unterbreiten. Die meisten Blätter klammern jedoch Lord Curzon's Äußerung bezüglich neuer britischer Vorschläge zu.

Die Londoner und Pariser Presse zu den Noten.

London, 14. Mai.

Die britische Antwort auf die deutsche Reparationsnote findet in der Presse geteilte Aufnahme. Die daran geübte Kritik betrifft hauptsächlich das Fehlen einer klaren Darlegung der britischen Reparationspolitik und insbesondere die Ignorierung des deutschen Vorschlags, die gesamte Reparationsfrage einem unparteiischen internationalen Tribunal zu unterbreiten. Die meisten Blätter klammern jedoch Lord Curzon's Äußerung bezüglich neuer britischer Vorschläge zu.

Der diplomatische Berichtsführer des „Daily Telegraph“ schreibt: Die Amerikaner würden zweifellos bedauern, daß die britische Regierung den Gedanken aufgegeben habe, Deutschlands Zahlungsfähigkeit durch einen internationalen Sachverständigenausschuß feststellen zu lassen, doch sei dies vielleicht unvermeidlich gewesen. — „Westminster Gazette“ schreibt: Lord Curzon's Antwort sei ein noch enttäuschenderes Dokument als die deutsche Note, Gemessen an der gebotenen Gelegenheit sei Curzon's Note ein Fehlschlag.

Paris, 14. Mai.

Die gesamte Morgenpresse bespricht die gestern in Berlin überreichten Noten der englischen und der italienischen Regierung und findet darin manches, was für die französische Politik als vorteilhaft erachtet wird.

So sagte ein Minister einem Redakteur des „Echo de Paris“, die englische Note nehme Deutschland jede Illusion. Denn es müsse die Vorschläge Bonar-Louis als Minimum ansehen. Besonders glücklich sei man über die italienische Antwort, und zwar aus zwei Gründen: Die Worte die Frage der interalliierten Schulden auf und spreche von den Pfändern und Garantien, die man von Deutschland erlangen müsse. Der französische Standpunkt seien also sehr nahe gerückt, wenn es nicht identisch seien.

Der „Temps“ bespricht in einem Leitartikel die italienische und die englische Note. Es tritt klar zutage, sagt das Blatt, daß man sich nicht über die Abfassung einer gemeinsamen Note namentlich aller Alliierten hätte verständigen können, und Frankreich und Belgien hätten insfolgedessen nur gezwungen sich äußern können. Diese Unmöglichkeit einer gemeinsamen Antwort werde durch den doppelten Umstand dargelegt, daß nicht nur England und Italien nicht genau die gleichen Dinge suchten, und sich nicht in demselben Tone ausdrücken, sondern daß außerdem Belgien und Frankreich keiner der beiden Antworten sich hätten anschließen können. Denn die erste Pflicht der belgischen und französischen Regierung sei es gewesen, sich klar über die Kooperation auszusprechen, der aber in der englischen und der italienischen Antwort kein Platz eingeräumt worden sei.

Das belgische Programm für Hamburg.

Der Parteivorsitz der Belgischen Arbeiterpartei, der auf dem Internationalen Kongress in Hamburg durch Vanber-